



Cornelia Behm Nachrichten



Informationen der Brandenburger Bundestagsabgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen, Cornelia Behm

Ausgabe 8 – Juli 2007

KOLUMNE

Liebe Leserin, Lieber Leser

die erste Hälfte dieses Jahres stand ganz im Zeichen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und des G8-Gipfels. Damit verknüpft waren große Hoffnungen und Erwartungen. Konnte Deutschland, vor allem, konnte Kanzlerin Merkel die Hoffnungen und Erwartungen erfüllen? Was G8 betrifft, hat Frau Merkel sich wacker gehalten, aber nur wenig erreicht. Zu unterschiedlich sind die Interessen und zu stark die Macht des Geldes. Immerhin sind die durch den Klimawandel drohenden Gefahren nun auch George W. Bush klar geworden.

Den Entwicklungsländern wurde mehr Hilfe versprochen. Aber wieder sind viele schöne Worte gemacht worden, handfeste Ziele, ernsthafte Strategien und belastbare Zusagen hat es jedoch nicht gegeben.

Eine große Aufgabe, die sich die Kanzlerin gestellt hat, konnte sie, wenn auch mit Abstrichen, erfüllen: Die EU ist einem Verfassungsvertrag einen entscheidenden Schritt näher gekommen.

Insgesamt hat das vergangene halbe Jahr einiges an Positivem gebracht: Viele Menschen in Deutschland haben sich wieder mit Politik beschäftigt. Selten wurden Fragen von Verantwortung und Nachhaltigkeit in diesem Land so ausgiebig diskutiert. Und nicht nur in den Kirchen wurde über Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung gesprochen. Wenn sich auch in der großen Politik wenig bewegt hat, habe ich doch die Hoffnung, dass in unserer Gesellschaft die Bereitschaft zu fairem Handeln gewachsen ist.

Cornelia Behm

Energie

Grüne Energiepolitik macht weitere Tagebaue verzichtbar

Die Brandenburger Landesregierung verkennt, dass die Zukunft allein in den drei E's liegt: Energiesparen, erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Sie bereitet stattdessen den Aufschluss neuer Tagebaue in der Lausitz vor.

Den 9. Mai 2007 werden viele Bürgermeister in der Lausitz nicht so schnell vergessen. An diesem Tag stellte ihnen der brandenburgische Wirtschaftsminister Ulrich Junghanns in Cottbus eine Studie der Technischen Universität Clausthal zur „Fortschreibung der Tagebauentwicklung im Lausitzer Braunkohlerevier“ vor. Diese schlägt den Aufschluss von bis zu sieben neuen Tagebauen vor. Die Existenz von bis zu 23 Dörfern ist damit gefährdet. Und Regierungschef Matthias Platzeck betont bei jeder sich bietenden Gelegenheit, dass für eine sichere Energieversorgung auch künftig die Braunkohle aus der Lausitz unverzichtbar sei.

Aber die Umsetzung der Empfehlungen des von Wirtschaftsminister Junghanns beauftragten Gutachtens wäre sowohl klimapolitischer Irrsinn als auch Landschaftszerstörung im großen Stil. Das wäre Horno mal 23. In einigen der jetzt bedrohten Dörfer

wohnen Menschen, die bereits aus anderen abgebaggerten Dörfern umgesiedelt wurden. Sie würden zum wiederholten Mal enturzelt.

Die Braunkohle ist der brandenburgische Klimakiller schlechthin. Dabei ist es höchste Zeit, das Ruder in Richtung einer Energiewende umzulegen, um den globalen Temperaturanstieg unter 2°C gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen. Da CO₂-Abscheidungstechnologien noch nicht zur Verfügung stehen, kann das in Brandenburg nur durch ein sofortiges Absenken der Braunkohleverstromung geschehen. Der Klimaschutz der Landesregierung ist jedoch gänzlich auf die nicht vorhandene Technologie zur CO₂-Abscheidung ausgerichtet.

Das am 20. Juni von der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgestellte Energiekonzept „Energie 2.0“ zeigt, dass es anders

geht. Mit Energiesparen, Erneuerbaren Energien und Effizienz in der Energieumwandlung lässt sich bis 2020 der bundesweite CO₂-Ausstoß um 40 Prozent reduzieren – ohne Atomkraft und ohne den Bau neuer Kohlekraftwerke. Energiesparfonds, die Weiterentwicklung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes sowie Gebäude-

**„Energie 2.0“
ist Zukunft**

sanierungsprogramme sind nur einige Maßnahmen, die hier zu nennen sind. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch in Brandenburg betrug bereits 2004 23,8 Prozent. Mit 2800 Megawatt installierter Leistung belegt das Land bei der Windstromproduktion Platz 2 im bundesweiten Vergleich nach Niedersachsen. Konservativ gerechnet wären 5000 MW installierte Leistung möglich. Die Branche selbst ist noch optimistischer. Untersuchungen der Fachhochschule Eberswalde haben für Brandenburg große

Potentiale bei der Solarstromerzeugung ermittelt. In der Uckermark gibt es so viele Dachflächen für die Installation von Solaranlagen, dass bis zu 70 Prozent des dort verbrauchten Stroms durch die Sonne erzeugt werden könnte.

Heute gibt es in der →

Horno – einst eine Idylle in der Lausitz ...



Weitere Tagebaue verzichtbar

Die Brandenburger Landesregierung bereitet Aufschluss neuer Tagebaue in der Lausitz vor.

(Fortsetzung von Seite 1)

→ brandenburgischen Lausitz noch drei Braunkohletagebaue deren Vorräte maximal bis 2050 reichen werden – die Abbaggerung des Ortes Proschim vorausgesetzt. Wenn danach weiter an der Braunkohle festgehalten wird, steht irgendwann die Stadt Fürstenwalde am Rande

oder inmitten eines Tagebaus. Denn unter ihr schlummert laut Junghans-Studie eines der größten und lukrativsten Braunkohlefelder Brandenburgs. So weit darf es nicht kommen.

**Das wäre
Horno mal 23**

... heute zerstört für die Braunkohle.



Ländliche Räume

Grüne Zukunft auf dem Lande

Im April 2007 hat die grüne Bundestagsfraktion einen Maßnahmenkatalog zur Entwicklung zukunftsfähiger ländlicher Räume beschlossen. Im Mittelpunkt stehen die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Absicherung einer familienfreundlichen Versorgungsstruktur auf dem Lande.

Ländliche Räume haben eine Zukunft, wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen stimmen. Denn diese bilden neben der Land- und Forstwirtschaft das Rückgrat der ländlichen Entwicklung. Ziel grüner Politik ist es deshalb die Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum in diesem Bereich neu zu ordnen. Durch verbesserte Beratungsangebote, neue Kreditformen und die Einführung der „Personengesellschaft mit beschränkter Haftung“ wollen wir vor allem Exis-

tenzgründungen erleichtern. Aber auch die Handwerksordnung und das Steuerrecht müssen besser an die Bedürfnisse kleiner und mittlerer Unternehmen angepasst werden.

Von gleicher Bedeutung wie die Neuordnung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist die Erschließung zusätzlicher Wertschöpfungspotenziale. Hier spielt die verbesserte Biomassenutzung eine große Rolle. Mit der Einführung eines Biogas-Einspeisegesetzes und

eines Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes wollen wir deren Einsatz und Effizienz als Energieträger erhöhen. Auch die stoffliche Nutzung von Biomasse wollen wir vorantreiben. Zudem muss die Streichung der Steuervergünstigung für Biokraftstoffe dringend zurückgenommen werden.

Wertschöpfung durch Biomasse

Die Zukunft ländlicher Räume hängt aber nicht nur von deren wirtschaftlicher Prosperität ab. Ländliche Räume sind zugleich Lebensräume, deren Attraktivität

maßgeblich von der Qualität der vorhandenen technischen und sozialen Infrastruktur geprägt wird. Diese im Einklang mit dem demografischen Wandel zu gestalten und an die Bedürfnisse von Jugendlichen, Familien und Senioren anzupassen, haben wir Bündnisgrüne uns zur Aufgabe gemacht. Dazu bedarf es beispielsweise in der Verkehrspolitik eines Paradigmenwechsels. Nicht mehr der Neu- und Ausbau des Straßennetzes darf in Anbetracht der demographischen Entwicklung im Vordergrund stehen, sondern dessen Erhalt. Beim ÖPNV setzen wir auf maßgeschneiderte Lösungen, insbesondere in Regionen mit geringer Einwohnerdichte. Auch hier gilt es, die Finanzmittel effizienter zu nutzen.

Zukunftsfähige ländliche Räume brauchen darüber hinaus handlungsfähige Kommunen mit modernen Behördenstrukturen und einer gesicherten Finanzbasis. Neben der Weiterentwicklung der Gewerbe- und Grundsteuer wollen wir deshalb die Rahmenbedingungen für regionale Kooperationen im kommunalen Bereich verbessern. Dazu gehören insbesondere das Gewerbeflächen-Management, die Energie- und Wasserversorgung sowie die Ausarbeitung integrierter Entwicklungspläne.

Den vollständigen Fraktionsbeschluss finden Sie unter: www.cornelia-behm.de/cms/default/dokbin/180/180440.zukunftsfaeuige_laendliche_raeume_in_deu.pdf

Kulturlandschaften – Potential des ländlichen Raums



Widerstand gegen Agrogentechnik wächst

Der Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen in der Landwirtschaft ist in der Agrarpolitik heiß umstritten. Bündnis 90/Die Grünen stehen geschlossen an der Seite der Verbraucher, deren übergroße Mehrheit keine Gentechnik auf dem Teller haben möchte.

Immer mehr Brandenburger fragen sich, wie sicher sie sein können, dass die Nahrungsmittel, die sie kaufen, nicht aus gentechnisch veränderten Pflanzen (kurz: GVO) hergestellt worden sind. Sie wollen auch kein Fleisch, keine Milch und keine Eier von Tieren essen, die mit gentechnisch verändertem Futter gefüttert wurden.

Aber bisher müssen tierische Produkte nicht entsprechend gekennzeichnet werden. Dabei gehen etwa 80 Prozent des GVO-Maises in Deutschland ins Tierfutter. Hier besteht eine Lücke in der EU-Kennzeichnungsverordnung, die unbedingt geschlossen werden muss.

Während zahlreiche Landwirte, konventionelle und Biobauern, dem

Verbraucherwunsch entgegenkommen wollen und gentechnikfreie Regionen gründen, lassen sich einige Wissenschaftler und Politiker vor den Karren der Gentechnik-Industrie spannen. Bundestagsabgeordnete wie Katherina Reiche übernehmen Patenschaften über Gentechnik-Felder.

Im Gegensatz dazu hat Landwirtschaftsminister Dietmar Woidke inzwischen erkannt, dass der GVO-Mais auf Brandenburgs Feldern das Image des Landes schädigt. Auch er sieht nun den Wettbewerbsvorteil in einer gentechnikfreien Landwirtschaft, die die Bundeshauptstadt Berlin mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln aus Brandenburg versorgt.

Auf Bundesebene allerdings

herrscht heillose Verwirrung. Auf der einen Seite werden Risiken der Gentechnik plötzlich scheinbar ernster genommen und der Verkauf von GVO-Mais MON 810 untersagt. Andererseits soll das Gentechnikgesetz so verändert werden, dass der schleichenden Ausbreitung der Gentechnik Tür und Tor geöffnet wird.

Hier stehen Bündnis 90/Die Grünen eindeutig an der Seite der Verbraucher und der Landwirte, die gentechnikfrei produzieren wollen. Wir haben Gutachten erstellen lassen die zeigen, welche Rechtsunsicherheit bei der Zulassung von gentechnisch veränderten Pflanzen besteht. Wir werden uns auch weiter für ein Gentechnikrecht einsetzen, dass Transparenz und Wahlfreiheit sicherstellt.

Imageschaden durch GVO

Artenvielfalt erhalten

Über 50 Prozent der Landesfläche Deutschlands sind Acker- und Grünland. Dies macht deutlich, welche große Bedeutung die Landwirtschaft für den Erhalt der biologischen Vielfalt hat.

Von der Vielfalt der Arten und Lebensräume in der Agrarlandschaft hängt die dauerhafte Sicherung unserer Nahrungsgrundlagen ab. Denn ohne sie wären der Kreislauf der Nährstoffe, die natürliche Regulierung von Schädlingen und Krankheiten und die Bestäubung vieler Kulturpflanzen nicht möglich.

Aber die Agrobiodiversität ist weltweit in Gefahr. Opfer einer intensivierten Landwirtschaft sind nicht nur die Ackerbegleitflora und -fauna, sondern auch die Vielfalt der Kulturpflanzen selbst. Die Fruchtfolgen konzentrieren sich auf immer weniger ertragsstarke Arten und Sorten. Auch im Bereich der Nutztierassen schrumpft die Vielfalt: Die FAO geht davon aus, dass jede Woche zwei Nutztierassen aussterben. Diese Entwicklung ist eine Folge der Intensivierung der Landwirtschaft.

Aus diesem Grund haben wir Grüne einen Bundestagsantrag erarbeitet, der den Schutz der Agrobiodiversität befördern soll. Wir fordern u.a. den Ausbau von Agrar- und Waldumweltmaßnahmen, eine bessere Förderung des Ökolandbaus, stärkere Anstrengungen zur Reduzierung von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln in der Umwelt und den Erhalt seltener Nutztierassen.

Die große Koalition lehnte diesen Antrag erwartungsgemäß ab. Wäh-

rend die SPD behauptete, unsere Vorschläge seien bereits Teil der Biodiversitätsstrategie von Umweltminister Gabriel, rechtfertigten Unionspolitiker den Verlust der Agrobiodiversität. Die müsse man in Kauf nehmen, weil die Landwirtschaft heute eine größere Weltbevölkerung ernähren muss. Mit den Kulturarten und -sorten des 19. Jahrhunderts sei das nicht möglich.

Diese Argumentation ist kurzsichtig. Die Sicherung der Welternährung wird immer schwieriger, wenn sie nur noch auf wenigen Rassen und Arten mit stark eingeschränktem Sortenspektrum beruht, denn der Ausfall einzelner Arten, Sorten oder Rassen ist dann kaum noch zu kompensieren. Durch den Verlust der Vielfalt geht das Reservoir an Genen verloren. Dies erschwert die Anpassung an neue Krankheiten und Schädlinge und an sich verändernde Umweltbedingungen wie den Klimawandel. Die Stabilität der Agrarwirtschaft und die Ernährungssicherheit sind so weltweit gefährdet.

Gen-Vorrat geht verloren



Vielfalt ist Ernährungssicherheit

2. Bürgersolaranlage Falkensee

Am 21. April weihte Cornelia Behm die 2. Falkenseer Bürgersolaranlage mit 30 KW Leistung auf der Europaschule im Gutspark ein. Das ist die 8. Bürgersolaranlage in Brandenburg.

Aktuelle Übersicht unter: www.cornelia-behm.de

Nach Namibia



Auf Initiative von Cornelia Behm hielt der namibianische Botschafter Prof. Dr. Peter Katjavivi am 15. Mai an der FH Eberswalde einen Vortrag über sein Land. Mehrere Eberswalder Studierende bemühen sich nun um Praktika in Namibia.

Denkmalschutz und Umweltschutz

Im Rundling Altwiezien in Märkisch-Oderland warb Cornelia Behm am 6. Juni dafür, trotz Denkmalschutzstatus nicht auf die Dachinstallation von Solarzellen zu verzichten. Ihr Fazit: Im Interesse des Klimaschutzes sollten unkonventionelle Lösungen gesucht werden, die Vergangenheit bewahren und Zukunft ermöglichen.

Einweihung Solarfähre

Am 23. Juni weihte Cornelia Behm die Solarfähre auf dem Amtsee in Chorin ein. Das mit Sonnenstrom betriebene Boot in Form eines Spreewaldkahns wurde von den Gästen mit Begeisterung angenommen.

Züchtung von Energiepflanzen

Am 25. Juni besuchte Cornelia Behm die Nordsaat Saatzüchtungsgesellschaft mbH in Böhnshausen, um sich über Züchtung von Energiepflanzen und nachwachsenden Rohstoffen zu informieren.

Kleine Terminauswahl von Cornelia Behm in Brandenburg. Einen vollständigen und aktuellen Überblick finden Sie unter www.cornelia-behm.de

23. Juli - 27. Juli

Cornelia Behm besucht Brandenburgs Regionalparke

30. Juli - 10. August

Fraktionstour „Vielfalt auf dem Lande - neue Arbeitsplätze im ländlichen Raum“
bundesweit,
10. August: Station in Brandenburg

27. September

Cornelia ist zu Gast bei der Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Dahme-Spree
Dahme-Spree

22. Oktober

Kultur-Tour der Bundestagsfraktion in Brandenburg
Frankfurt (Oder)

16.-17. November

Kongress der Bundestagsfraktion „Ernährung und Landwirtschaft im Zeichen des Klimawandels“
in Berlin

Impressum

Cornelia Behm Nachrichten

Herausgeberin:

Cornelia Behm (V.i.S.d.P.)
Wahlkreisbüro,
Jägerstr. 18, 14467 Potsdam
Tel.: 0331.887 10 56
Fax: 0331.887 10 55
Internet: www.cornelia-behm.de
cornelia.behm@wk.bundestag.de

Fotos & Grafiken:

– Seite 1: Michael Grimm –
– Seite 2: Thomas Stephan* –
– Seite 3: Dominic Menzler* (Argrar) & Büro Behm (Rückblick)
– S. 4: Jan von Broeckel** –
* © BLE Bonn
www.oekolandbau.de
** www.pixelio.de

Layout/Satz:

WortSchlag.net
Postfach 880135
D – 13107 Berlin
Mail: service@wortschlag.net
www.wortschlag.net

Druck:

Druckerei E. Stein
Hegelallee 53
D – 14467 Potsdam

Kritik am Bau der A14

Der Bund und die Länder Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern haben sich am 20. Juni über die Kostenaufteilung zum Bau der Autobahn A14 zwischen Magdeburg und Schwerin geeinigt. 775 Mio. Euro soll der Bau kosten. Cornelia Behm kritisierte die Vereinbarung mit den Worten: „Es ist schade um das Geld! Die Mittel für den Autobahnbau sollten besser für Wissenschaft, Bildung und Wirtschaftsförderung in den Regionen zur Verfügung gestellt werden. Aber der Aberglaube, dass die wirtschaftliche Entwicklung einer Region von der Nähe einer Autobahnbindung abhängig sei, hat mal wieder gesiegt.“

Volksinitiative gestartet

Am 1. Juni wurde in Neuruppin die Volksinitiative „Kostenfreie Schülerbeförderung ist machbar“ gestartet. Die Initiative will erreichen, dass die Landkreise über die Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten künftig selbst entscheiden können. Cornelia Behm unterstützt die Initiative voll und ganz. Denn der Weg zur Schule darf im ländlichen Raum nicht zur übermäßigen Belastung der Eltern werden. Im Gegensatz zum gut angebundenen Berliner Umland haben Schülertickets in ländlichen Gebieten Brandenburgs wenig zusätzlichen Nutzwert. Denn die Mobilität jenseits der Schulfahrten muss leider meist anders sichergestellt werden. Deshalb muss es den Landkreisen überlassen, ob sie Elternbeiträge für den Schülerverkehr erheben, oder nicht. Das brandenburgische Schulgesetz verpflichtet sie bisher dazu.

Demografie-Kommission tagt monatlich

Der Brandenburger Landesverband von Bündnis 90/Die Grünen hat eine Demografiekommission ins Leben gerufen. Ziel der Kommission ist es, unter Einbeziehung externen Sachverständigen Handlungs-

„Schüler Helfen Leben“

„Schüler Helfen Leben“ ist eine Schülerstiftung von deutschen Jugendlichen, um die Bildungssituation von Schülern in Südosteuropa zu verbessern. Die Stiftung, die schon mit dem Westfälischen Friedenspreis ausgezeichnet wurde, konnte bisher 16 Millionen Euro in über 120 Projekten für Bildungs-, Friedens-, und Jugendarbeit investieren. Geld sammelt der Verein vor allem durch den bundesweit veranstalteten „Sozialen Tag“ ein, an dem Schüler einen Tag in Betrieben und Behörden arbeiten gehen, um den dort verdienten Lohn dem Projekt spenden. Wir hatten am diesjährigen Sozialen Tag Jan Wiehe aus Cottbus zu Gast, der uns tatkräftig in unserem Büro unterstützte und sich seinen Spenden-Lohn wirklich verdient hat.

Opferpension befriedigt nicht

Am 13. Juni hat die Große Koalition im Bundestag die Opferpensionen für ehemalige Verfolgte der DDR neu geregelt. Obwohl eine Verbesserung der Entschädigungen für erlittenes DDR-Unrecht längst überfällig war, ist der Beschluss von SPD und Union enttäuschend. Zu Recht bezeichnen die Opferverbände die Einführung einer monatlichen Pension in Höhe von 250 Euro als Almosen. Darüber hinaus kommt die Regelung nur denjenigen zu Gute, die in der DDR aus politischen Gründen mindestens sechs Monate inhaftiert waren. Diejenigen, die nur wenige Wochen im Stasi-Gefängnis malträtiert wurden, werden genauso wenig bedacht wie die Opfer von Zersetzungsmaßnahmen.

konzepte zur Gestaltung des demografischen Wandels auf kommunaler und Landesebene zu erarbeiten. Cornelia Behm ist Mitglied der Kommission, die sich am 2. Mai 2007 konstituiert hat und monatlich tagt.

Verkehr

Menschen verbinden – Natur erhalten

Brücken sollen verbinden. Aber Brandenburg und Polen wollen zwischen Aurith und Urad eine Brücke über die Oder bauen, die die Menschen in der Region nicht wollen, weil sie wertvolle Naturräume zu zerstören droht.

Zwischen Frankfurt/Oder und Eisenhüttenstadt soll nach Bundesverkehrswegeplan ein neuer Grenzübergang geschaffen werden. Für die Trassenführung gibt es mehrere Varianten. Doch in Polen scheint man sich bereits auf eine Brücke zwischen Aurith und Urad festgelegt zu haben. Aber gerade diese bedroht wertvolle Naturschutzgebiete. Auf deutscher Seite werden sowohl das FFH-Gebiet „Mittlere Oder“ als auch die angrenzenden Naturschutz- und Vogelschutzgebiete „Mittlere Oder“ durchschnitten. Auf polnischer Seite ist insbesondere das potentielle FFH-Gebiet entlang des idyllischen Flusses Pliszka bedroht.

Brandenburg und die polnische Seite haben sich geeinigt, das Raumordnungsverfahren in diesem Sommer zu beginnen. Höchste Zeit, sich

ein klares Bild von der Situation zu machen, für alle die, die sich in das Verfahren mit Anregungen und Bedenken einbringen wollen.

Deshalb unternahmen Brandenburger und Berliner Grüne gemeinsam mit polnischen KollegInnen am 24. Juni eine Radtour, auf der sie die Region beiderseits der Oder in Augenschein nahmen. Sie konnten

sich von der Schutzwürdigkeit des Gebietes überzeugen, aber auch davon, dass Verbindungen über den Grenzfluss dringend gebraucht werden. Für die Verbindung zwischen Aurith und Urad schlagen sie statt einer Brücke die Einrichtung einer Fähre vor. Überregionale Transporte müssen von der Straße auf die Schiene verlagert werden.



So könnte die neue Oderquerung aussehen